

StRB betreffend
Übernahme der Kosten für den gemeinsamen
Versand des Wahlpropaganda-Materials der Ortsparteien durch die
Einwohnergemeinde Zug
(vom 2. Juni 1998)

1. Die Ortsparteien haben sich zu verpflichten, auf der Grundlage einer Vereinbarung die Richtlinien für einen gemeinsamen Versand der Wahlpropaganda-Materialien einzuhalten.
2. Die Kosten für den gemeinsamen Versand (inkl. Einpacken und Kuverts) des Wahlpropaganda-Materials der an den gemeindlichen (4. Oktober 1998) und/oder kantonalen (25. Oktober 1998) Wahlen in der Stadt Zug beteiligten Ortsparteien oder Gruppierungen werden von der Einwohnergemeinde Zug getragen.
3. Wenn sich eine Partei oder Gruppierung an den gemeindlichen und/oder kantonalen Wahlen zwar beteiligt, sich aber an der gemeinsamen Wahlpropaganda-Versand-Aktion nicht beteiligen will, dann erhält sie einen Kostenanteil im Verhältnis der Gesamtkosten zu allen an der gemeindlichen oder kantonalen Wahl beteiligten Parteien oder Gruppierungen.
4. (Kontobelastung)